

POLIZEI REPORT

G 46983
ISSN 0937-5333

Nr. 61 · März 2016

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!

**Personalrats-
wahl 2016**



INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



Wir in Osthessen! v.l.: Martin Mohr (Hersfeld-Rotenburg) Conny Jehnert (Fulda), BZG-Vorsitzender Karsten Bech und Udo Klar (Vogelsberg).

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

in meinem Vorwort möchte ich mich mit einer ganz besonderen Bitte an Euch wenden.

Wie ihr sicherlich bereits alle wisst, finden vom 09.-13. Mai 2016 unsere Personalratswahlen statt.

Die Personalratswahlen entscheiden über die personelle Zusammensetzung der Personalräte für die nächsten vier Jahre.

Vom Ausgang der Wahl wird es auch abhängen, ob Kolleginnen und Kollegen vertreten sind, die die gesetzlichen Bestimmungen im Sinne der Beschäftigten in enger Zusammenarbeit mit der GdP anwenden und auch nötigenfalls einfordern werden.

In der Vergangenheit haben wir gute Ergebnisse bei den Personalratswahlen landesweit erzielt.

Dies soll auch diesmal wieder so sein. Deshalb darf ich euch ganz persönlich auffordern, macht von eurem demokratischen Wahlrecht Gebrauch und unterstützt uns durch eure Stimme für die bevorstehenden Aufgaben.

Nur ein Personalrat mit viel Rückendeckung der Wählerschaft wird als ernsthafter Verhandlungspartner wahrgenommen und auch dementsprechend in Entscheidungsprozesse eingebunden.

Denn gerade in diesen schwierigen Zeiten (z.B. Lohn- und Gehaltseinbußen, Überstunden, Personalmangel,

POLIZEI REPORT

Vorwort	3
Osthessen: Unsere Themen – unsere Kandidaten!	5
Die GdP: Deine Stimme im Hauptpersonalrat	7
Südosthessen: Unsere GdP-Kandidaten für den PR	8
GdP Osthessen: Meinung der Mitglieder ist wichtig...	11
GdP Fulda: „Mitmacher“ statt Beisitzer	15
GdP P. Petersberg: Harald Schlenk neuer Vorsitzender	17
Beihilfeänderung, Nullrunde, Wertschätzung...	21
Osthessens Polizei erhält Verstärkung	26
Seniorenweihnachtsfeier Main-Kinzig	27
Hartmut Rose im Ruhestand	29
3. Blaulicht-Rocknacht in Osthessen	31
Silvesterbereitung im PP Südosthessen	35
GdP MKK: Einladung zur Jahreshauptversammlung	35
Tischtennis: PP SH erfolgreicher Titelverteidiger	37
JUNGE GRUPPE: Immer am Puls der Zeit	41
Senioren: Seminar Vorbereitung auf den Ruhestand	42
Lesenswerte Urteile	43
Kommentar: Wer möchte noch Polizist werden?	45
Termin: Kreisgruppe Fulda lädt Senioren ein	47
GdP Südosthessen: Einladung zur Herbstfahrt	49
Odetta Spielberger geht zum RP Gießen	49
Volker Doubleur verstorben	50

inhaltsverzeichnis

Tarifstellenabbau...) und stetig hinzukommender Aufgaben (z.B. Flüchtlingssituation, Objektschutzmaßnahmen, Kriminalitätsbekämpfung insbesondere im Computerbereich...) ist es wichtig, dass die Sparwut und die Mangelverwaltung nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen wird.

Um wieder bessere Bedingungen einzufordern, brauchen wir eine „Starke Stimme“ und dafür brauchen wir euch.

Wir als GdP haben uns aus diesem Grund auch in 2016 wieder breit aufgestellt für euch. Aus allen Bereichen wurden Kandidatinnen und Kandidaten ausgewählt und für die Wahlliste benannt. **Ansprechpartner aus ALLEN Organisationseinheiten.**

Eure Meinung ist uns wichtig und soll bei Ideenfindungen und späteren Entscheidungen mit einfließen.

Auf die neuen Personalräte kommen sicherlich wieder spannende Jahre zu. Deshalb wird es gemäß dem Personalratsmotto gehen: **„Mit uns oder gegen uns, aber niemals ohne uns !!“**

Wir hoffen auf eure Unterstützung!

Euer
Karsten Bech

P.S: Wer zur Wahl verhindert ist, findet im GdP-Kalender ein Antrag auf Briefwahl.

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!

Personalratswahl 2016





v.l.: Conny Jehnert, Udo Klar, Alexandra Stehr-Kröll, Bernhard Kriz, Esther Jaekel, Manfred Schäfer, Martin Mohr, Karsten Bech, Stephan Müller, Wolfgang Denke-Otterbein und Ruth Steinberg.

UNSERE THEMEN – UNSERE KANDIDATEN !

Thorsten Ax, PSt Hilders
 Karsten Bech, Personalrat
 Markus Becker, PAST Petersberg
 Sabine Bode, Behördenleitung
 Iris Decker, PSt Lauterbach
 Wolfgang Denke-Otterbein, Z1 Als.
 Frank Diener, PAST Bad Hersfeld
 Björn Dietz, PAST Bad Hersfeld
 Sven Feik, OPE BAB
 Joachim Fritsch, Einsatzzentrale
 Madeleine Gaschler, PSt Fulda
 Anette Hill, Polizei-posten Schlitz
 Esther Jaekel, PAST Bad Hersfeld

Conny Jehnert, PräsB-PÖA Fulda
 Sebastian Jordan, V 2, Fulda
 Udo Klar, PSt Alsfeld
 Manfred Knoch, PD HEF-ROF
 Alexander Krimmel, PSt Hünfeld
 Bernhard Kriz, V 35, Schießausbild.
 Michael Lippardt, Z 2, Bad Hersfeld
 Joachim Lotz, PSt Rotenburg
 Martin Mohr, PSt Bad Hersfeld
 Stephan Müller, PSt Fulda
 Frank Peter, ZK 50
 Ernst Pöhlmann, PPo Schlitz
 Rüdiger Poppel, V 2, Fulda

Janina Ruppel, Z 1, Fulda
 Hubertus Sachs, PSt Alsfeld
 Manfred Schäfer, ZKI Fulda
 Sabine Schleinig, PSt Bad Hersfeld
 Harald Schlenk, PAST Petersberg
 Björn Seiffert, PD Hersfeld-Rotenburg
 Alexandra Stehr-Kröll, PSt Lauterbach
 Ruth Steinberg, PSt Bad Hersfeld
 Melanie Teichmüller, Wachpolizei
 Alexandra Weirich, PAST Bad Hersfeld
 Michaela Winkler, Personalrat

Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge

GEMEINSAM STARK für:

- den Erhalt der Tarifstellen beim PP Osthessen!
- einen starken Schichtdienst!
- eine gesunde Polizei (Überlastungen entgegen wirken)!
- eine gerechte Verteilung der Beförderungsstellen!
- bessere Schutzausrüstung für den Vollzug!
- den Erhalt der Dienststellen (Keine Schließungen oder Zusammenlegungen)!
- die Stärkung der Funktion des V-DGL!
- eine Entlastung bei BSOD-Einsätzen: Mit 50 muss Schluss sein!
- keinen übertriebenen Statistikwahn! Wir sind für den Bürger da!
- gerecht bewerte Tarifbeschäftigte in den Geschäftszimmern!

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!



www.gdp.de/hessen

DIE GdP: DEINE STIMME IM HAUPTPERSONALRAT!

KLARTEXT REDEN – ZUKUNFT GESTALTEN – GdP WÄHLEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir rund acht Wochen vor den Personalratswahlen auf das zurück blicken, was in der endenden Wahlperiode alles geleistet wurde, tun wir dies, um Vergangenes gedanklich aufzuarbeiten und gleichzeitig Kraft für Neues zu schaffen.

Und an neuen Herausforderungen mangelt es nun wirklich nicht! In der hessischen Polizei gibt es viele Brennpunkte, die einer intensiven Lösung bedürfen.

Nicht zuletzt steht auch das Thema „inhere Sicherheit“ seit Monaten wie in einem Brennglas im Lichte der medialen Berichterstattung. Dienst- und Einsatzbelastungen, Personaldefizite, Gewalt gegen Polizeibeschäftigte und die Schuldenbremse werden unsere Arbeit in den nächsten Jahren stark beeinflussen. Straftaten gegenüber Polizisten, die den Staat schützen, müssen endlich mit neuen gesetzlichen Vorschriften auch nachhaltig geahndet werden!

Vor allem aber steht die Wertschätzung der polizeilichen Arbeit im Vordergrund. Diese muss sich besonders auch in Einkommensbedingungen, familienfreundlichen Arbeitszeiten und einer guten personellen Ausstattung ausdrücken.

Trotz der geringen Personalstärken haben die Polizeibeamtinnen und -beamten hervorragende Aufklärungsarbeit geleistet.

Wer dieses hohe Niveau halten will, muss konsequent und nachhaltig Personal einstellen!

Die Politik muss zeigen, was ihr eine gute Polizeiarbeit wert ist! Der Personalrat ist Repräsentant der Gesamtheit der Beschäftigten in allen Bereichen (Beamte, Verwaltung, Tarif).

Er wird durch die Wahl der Beschäftigten legitimiert, deren Anliegen und Interessen auf gemeinschaftlicher Ebene gegenüber der Dienststellenleitung



wahrzunehmen, denn Personalratsarbeit ist kein Selbstzweck. Nur in einem Team gelingt sie auch, dabei sind die Interessen der einzelnen Polizeibehörden immer individuell abzuwägen und zu bewerten.

Ein geschlossenes Auftreten der Personalratsvertreterinnen und Personalratsvertreter macht insgesamt eine Personalvertretung stark.

Diese Geschlossenheit der Personalräte braucht es, „um mit starker Stimme“ den Forderungen für gerechte Einkommensbedingungen und einer angemessenen Personalausstattung „die entscheidende Kraft“ zu verleihen. Dies wissen auch unsere Gesprächspartner im Innenministerium, allen voran Innenminister Peter Beuth und Staatssekretär Werner Koch.

Unsere kandidierenden Kolleginnen und Kollegen für die örtlichen Personalräte in den Polizeibehörden und im Hauptpersonalrat stellen sich vom 9. bis zum 13. Mai 2016 der Verantwortung und bitten um Eure Stimmen. „Gemeinsam stark für deine Zukunft“, lautet unser Motto!

Wir wollen uns überall dort stark bleiben, wo Schwächen ausgemacht werden, die uns Polizeibeschäftigte und

damit unsere Arbeit belasten. Die vor uns liegenden Jahre werden sicher nicht leicht, denn die Entwicklung der Haushaltslage und die politischen Eingriffe in die Polizei werden die Zukunft prägen.

Um auch weiterhin Schwerpunkte mit zu gestalten, brauchen wir die Unterstützung aller hessischen Polizeibeschäftigten.

Wir appellieren immer wieder: Nehmt Euer Wahlrecht wahr! Beteiligt euch an den Personalratswahlen! Nur wer wählen geht, kann auch mitbestimmen!

Wirklich auf Augenhöhe mitentscheiden können Personalräte nur dann, wenn die gesetzlichen Bestimmungen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) konsequent eingehalten werden. Das größte Problem liegt häufig darin, dass wir nicht rechtzeitig informiert werden. Nicht selten werden Personalräte erst spät mit ins Boot geholt, meist erst dann, wenn eine Entscheidung schon fast feststeht.

Darüber hinaus stellt auch die Vielfalt der Themen speziell für den HPR schon eine enorme Herausforderung dar. Die Bandbreite der Themen reicht von Personal bis Ausstattung und von Haushalt über Technik bis hin zu Einsatzfragen.

Zu jedem Themenkomplex werden von Personalräten Fachkenntnisse verlangt, um überhaupt mitreden zu können.

Die Polizeiführungskräfte haben hierfür ihren Stab, der ihnen zuliefert. Personalräte haben das nicht und sind gezwungen, sich selbst das jeweilige Fachwissen anzueignen.

Um das alles beschäftigtenorientiert begleiten zu können, sind starke Personalräte erforderlicher denn je!

Jens Mohrherr
Vorsitzender des Hauptpersonalrates



Unsere Spitzenkandidaten v.l.: Thorsten Pfeiffer, Uli Claus, Alexandra Geis, Bernhard Huder, Stefan Wagner, Ute Huber, Margit Griesling und Markus Hüschentt.

UNSERE GdP-KANDIDATEN FÜR DEN PERSONALRAT



Alexandra Geis



Gabriele Mickler



Bianca Wirsing



Andreas Stüb



M. Hüschentt



S. Spangenberg



Bernhard Huder



Thorsten Pfeiffer



Sven Gerlach



Katja Uffelmann



Stefan Wagner



Margit Griesling



Lars Krämer



Die Kandidaten der Kreisgruppe Offenbach v.l.: Holger Maue, Uli Claus, Martin Bedel, Ute Huber, Stefan Wagner, Bernhard Huder, Gabriele Mickler, Margit Griesling, Sven Gerlach, Tina Sauer, Bianca Wirsing, Michael Wahl, Lars Krämer.



Holger Maue



Uli Claus



Günther Sabietzki



Angelina Setz



Nicole Jae



Marc Sachs



Ute Huber



Tina Sauer



Die Personalratskandidaten der Kreisgruppe Main-Kinzig: Thorsten Pfeiffer, Alexandra Geis, Katja Uffelmann, Sabine Spangenberg, Nicole Jae, Markus Hüschentzki, Andreas Stüb.

Alle Kandidaten/-innen auf einen Blick:

- Hugo Abe, 1. Rev. OF
- Thomas Baier, Abt. Z
- Arnd Bamberg, Pst Heusenstamm
- Martin Bedel, RKI Offenbach
- Uli Claus, Z 3
- Denise Feistle, 1. Rev. OF
- Günter Gärtner, Pst Bad Orb
- Alexandra Geis, Pst Großauheim
- Sven Gerlach, RKI OF
- Margit Griesling, ZK 41
- Ute Huber, KD
- Bernhard Huder, PR PP SOH
- Anne Hüschentzki, Pst Seligenstadt
- Markus Hüschentzki, PR PP SOH
- Nicole Jae, Pst Maintal
- Thomas Kirsten, D V/S SD
- Lars Krämer, RKI Offenbach
- Holger Maue, Abt. V
- Gabriele Mickler, PR
- Thorsten Pfeiffer, PAST Langenselbold
- Günter Sabietzki, Abt. Z
- Marc Sachs, RKI Main Kinzig
- Tina Sauer, Abt.E-E 3
- Ivo Schmitt, Pst Hanau II-DEG
- Angelina Setz, PAST Langenselbold
- Björn Siebert, Abt. E-E3
- Sabine Spangenberg, PAST Langenselbold
- Andreas Stüb, Pst Schlüchtern-DEG
- Katja Uffelmann, Pst Hanau I
- Stefan Wagner, Pst Langen
- Michael Wahl, Abt. E-E 4
- Berthold Weinel, Pst Gelnhausen
- Bianca Wirsing, Pst Neu-Isenburg



Michael Wahl



Martin Bedel



MEINUNG DER MITGLIEDER IST WICHTIG....

OSTHESSISCHER GdP-VORSTAND DISKUTIERT MIT DEN MITGLIEDERN



Bezirksgruppenvorsitzender Karsten Bech (zweiter. v.l.) stand mit seinen Vertretern Martin Mohr (links), Udo Klar (links) und Conny Jehnert den Mitgliedern Rede und Antwort.

Mitte Februar hatte die Bezirksgruppe Osthessen ihre Mitglieder in die Kulturscheune nach Schlitz-Pfordt eingeladen, um mit ihnen die Themen:

1. *Verlängerung der Lebensarbeitszeit*
2. *Beförderungssituation im PP Osthessen*
3. *Tarifangelegenheiten/Eingruppierungen*

zu diskutieren.

Die Diskussionsveranstaltung wurde vom Messerangriff eines verwirrten Täters in Großenlüder-Bimbach überschattet, bei dem fünf Kollegen, teils erheblich, verletzt wurden. Bezirksgruppenvorsitzender Karsten Bech, sicherte den verletzten Kollegen die schnelle

zu 1.: Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Karsten Bech trug einleitend vor, dass mit Jahresbeginn die Landesregierung die personalrätliche Mitbestimmung ins HPVG eingefügt hat. Bis dato lag es in der ausschließlichen Verantwortung des Behördenleiters, ob er einer Dienstzeitverlängerung zustimmt oder nicht.

Nicht jedem Antrag wurde in Osthessen stattgegeben. Ein gemeinsamer „roter Faden“ war grundlegend für die Entscheidung. Wenn eine eingeschränkte Verwendungsfähigkeit vorlag, ein disziplinares Hemmnis bestand oder die polizeiärztliche Einschätzung nicht positiv ausfiel, wurden die Anträge negativ beschieden. Auch wurde die Stellungnahme der Dienststelle einbezogen.

„Opa-Polizei“ war damit untrennbar verbunden. Mit der Heraufsetzung des Pensionsalters auf 62 Jahre, kämpfte die GdP dafür, dass belastende Dienstzeiten auf die Pensionsgrenze angerechnet werden müssen, was auch erfolgreich gelang.

Arbeiten nach der Pensionierung hat mit der Anwerbung von Polizeipensionären für Tätigkeiten im Zusammenhang mit den hohen Flüchtlingszahlen eine neue Bedeutung gewonnen. Warum also nicht auch die Dienstzeit verlängern? In der anschließenden Diskussion kam von den Mitgliedern die einhellige Forderung, dass sich die GdP in dieser Frage positionieren muss. Soll es eine Einzelfallprüfung oder eine generelle Position geben?

Die gravierendste „Dienstzeitverlängerung“, die die hessische Polizei erfahren hat, war die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Wochenstunden.

Die täglichen Belastungen im Dienst steigen seit Jahren permanent an. Nicht nur herausragende, besonders belastende Einsätze, auch der stetige Vorgangsdruk bei gleichbleibender, mitunter sogar reduzierter Personalstärke, die Zunehmende Gewalt gegen Vollzugsbeamte im Dienstalltag als auch die nicht mehr ausreichenden Erholungsphasen zwischen den Diensten nagen an der Substanz. Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich „ausgebrannt“ und überlastet.



Personalratsurgesteine Ruth Steinberg (rechts) und Wolfgang Denke-Otterbein (links) die aufschlussreich die Entwicklung des Tarifbereichs seit dem Beginn des PP Osthessen erläutern.

Der Personalmangel in den letzten Jahren führte jedoch dazu, dass jetzt aktiv auf die Vollzugsbeamten, die kurz vor dem Ruhestand standen, zugegangen wurde. Diese wurden gebeten die Dienstzeit zu verlängern, damit keine Fehlstellen zu tragen sind.

und unkomplizierte Unterstützung der GdP zu.

Mit 60 muss Schluss sein! Dies ist seit Jahrzehnten die bundeseinheitliche Haltung der GdP. Der Spruch von der



Esther Jaekel von der PAST Bad Hersfeld machte deutlich welche Belastungen in den Dienstsichten aufgrund von Dienstzeitverlängerungen zu tragen sind.

Dies hat mittlerweile auch die polizeiliche Führung erkannt und es werden Gegenmaßnahmen eingeleitet. Unter dem Stichwort „Gesunde Polizei“ will man diesen Belastungen entgegenwirken. Kann in Kenntnis dieser Aspekte eine Dienstzeitverlängerung geduldet werden?

Diese Verlängerung des Einzelnen wirkt sich selbstverständlich auch auf eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen aus. Nicht nur, dass zum nächsten Versetzungstermin keine junge Beamtin, kein junger Beamter die Dienststelle verstärken kann. NEIN. Auch wird Personalentwicklung oder die Chance auf Ruhegehaltssfähigkeit einer Beförderung mitunter zu Nichte gemacht. Ebenso löst eine Dienstzeitverlängerung keine bestehenden Probleme, sei es finanzieller Art oder weil man nichts mehr zu tun hat, auf Dauer. Das Problem stellt sich auch nach der Verlängerung.

Die anwesenden Mitglieder waren sich darüber einig, dass aufgrund fehlender Beförderungsmöglichkeiten sowie des hohen Durchschnittsalters in Osthessen, keiner Dienstzeitverlängerung zugestimmt werden kann. Eine Verlängerung hätte den Effekt, dass man aus dem Ballon der Probleme keine Luft ablässt, sondern noch hineinbläst und so den Druck erhöht. Schließlich haben die Kolleginnen und Kollegen 40 und mehr Jahre Zeit, um sich auf die Pensionierung vorzubereiten. Auch sollte man bedenken, dass stetige Lebensarbeitszeitverlängerungen zu einer kollektiven Zwangsverlängerung führen können.

zu 2.: Beförderungssituation im PP Osthessen

Mit den derzeitigen Hebungsprogrammen werden auch in Osthessen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen befördert, führte Karsten Bech in seinen einleitenden Worten aus. Eines der beiden Hebungsprogramme, das wegen der erheblichen Belastungen durch die Flüchtlingsproblematik geschaffen wurde, wurde mit einem „kw-Vermerk“ versehen. Dieser besagt, dass man in 2019 die Belastungssituation neu bewerten muss und, sofern diese nicht mehr besteht, die neugeschaffenen Stellen und Beförderungsmöglichkeiten streichen kann. Ist dies der Fall, führt es ab 2020 beim PP Osthessen in Sachen Beförderungen zum Super-GAU.

Insbesondere die Situation der Beförderungen nach A-11 ist ein großes Problem. Bei etwa 500 beförderungsfähigen Kolleginnen und Kollegen in der A-10 wirken sich Beförderungen in der Gesamtzahl der diesjährigen Hebungsprogramme zwar merklich aus, können bei weitem die Beförderungserwartungen der 500 A-10er nicht erfüllen. Dieses ließe sich rechnerisch lösen, wenn alle dem PP Osthessen zur Verfügung stehenden A-11er Planstellen viermal in Folge besetzt werden könnten.

Einhergehend mit jedem Stellenbesetzungs- oder Beförderungsverfahren werden Auswahlvermerke gefertigt. GdP-Mitglieder berichten, beim Lesen eines solchen Auswahlvermerkes habe man das Gefühl, man säße vor einem „Bauplan für einen Flugzeugträger“.

Übereinstimmend ist man der Auffassung, dass bei einem hohen Durchschnittsalter und gravierend fehlenden Beförderungsmöglichkeiten die Dienststelle die Verpflichtung habe, mit den vorhandenen Möglichkeiten verantwortungsvoll umzugehen, damit möglichst viele davon profitieren können.

zu 3.: Tarifangelegenheiten/Ein- gruppierungen

Rosig sieht es im Tarifbereich wahrlich nicht aus. Die Möglichkeiten Kolleginnen und Kollegen höhergruppieren zu können sind nur in einem sehr begrenzten Umfang vorhanden. Entgegen dem Beamtenbereich sind im Tarifbereich nicht die vorhandenen Beförderungsmöglichkeiten ausschlaggebend, sondern grundsätzlich die auszuübenden Tätigkeiten. Sprich: Der Tarifbeschäftig-

te wird nach dem, was er zu tun hat, eingruppiert. Der BAT war geprägt von einer ausufernden Zulagenstruktur, die man mit dem neuen TV-H beseitigen wollte. In der Folge der Inkraftsetzung des TV-H kam es bei einigen Tarifangestellten zu Anpassungen.

„Möglichkeiten gibt es überall?“, fragte Karsten Bech provozierend in die Runde. Die Antworten waren dementsprechend. Von „mein Vorgesetzter weiß gar nicht, was ich alles mache“; „mein Vorgesetzter hat keine Kenntnis vom Tarifrecht“; „mir werden Aufgaben übertragen, ohne dass dies in meiner Arbeitsplatzbeschreibung Niederschlag findet“; „mein Vorgesetzter tut so, als müsste er es aus der eigenen Tasche bezahlen“, war ein Strauß von Feststellungen zu hören.

„Unser gewerkschaftliches Ziel muss es sein, so viele Tarifbeschäftigte, wie möglich von den vorhandenen Möglichkeiten partizipieren zu lassen. Wir sind mit der Behördenleitung diesbezüglich im Gespräch“, sagte Karsten Bech abschließend.

Ein GdP-Kollege brachte es auf den Punkt: **„Die Systematik des Tarifrechts ist mit einem Gummiband zu vergleichen. Nur wer sich anstrengt, dem gelingt mitunter, was man nicht für möglich halten konnte!“**

gdp/eg



„MITMACHER“ STATT BEISITZER

CONNY JEHNERT IST NEUE KREISGRUPPENVORSITZENDE



Aufmerksam lauschten die anwesenden Mitglieder der Kreisgruppe Fulda dem Geschehen.

Dass ein frischer Wind in die Kreisgruppe Fulda Einzug gehalten hat, merkten die Mitglieder bei der Jahreshauptversammlung schnell. Das Organisationsteam rund um Michaela Winkler hatte am 26. Januar 2016 den Versammlungsraum in Fulda bunt geschmückt und die Gäste mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen empfangen. Stephan Müller begrüßte die Anwesenden und führte kurzweilig durch die Veranstaltung.

Vor knapp einem halben Jahr hatte Thomas Scheunert den Vorsitz kommissarisch an seine bisherige Stellvertreterin Conny Jehnert abgegeben. „Scheuni“ hatte die größte Kreisgruppe Osthessens seit mehr als 18 Jahren geleitet und sie geprägt. Engagiert und stets motiviert setzte er sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten



Über viele Jahre hielten sie der GdP die Treue und wurden dafür geehrt v.l.: BZG-Vorsitzende Karsten Bech, Horst Mann, Landesvorsitzender Andreas Grün, Berthold Neidert, Walter Strott, Erwin Figge, Michael Böhm und Kreisgruppenvorsitzende Conny Jehnert.

für das Wohl seiner Mitglieder ein und kämpfte für sie. Grund genug für den Landesvorsitzenden Andreas Grün an der Jahreshauptversammlung in Fulda teilzunehmen und seinen langjährigen Wegbegleiter zu verabschieden. Gleichzeitig informierte Grün über Neuigkeiten aus der Landeshauptstadt und stellte sich den Fragen der Anwesenden.

Wertschätzende Worte fand auch Ralf Flohr. Dieser war in Vertretung des osthessischen Polizeipräsidenten zur Versammlung erschienen und gab einen Überblick über die momentane politische Situation in Hessen. Im Anschluss an seine Grußworte erhielt der Leitende Polizeidirektor die Ehrung für sein 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum und den Dank für seine Treue.

Den Glückwünschen schloss sich Karsten Bech als „frischgebackener“ Bezirksgruppenvorsitzender an. An ihm ist es nun, die fünf Kreisgruppen in Zukunft zusammenzuhalten und Osthessen in Wiesbaden stark zu vertreten.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde der Vorstand der Kreisgruppe neu gewählt. An der Spitze steht seit dem ganz offiziell Conny Jehnert. Sie verdeutlichte sofort, dass eine starke Gewerkschaftsarbeit nur im Team funktionieren kann. Daher unterstützen sie Michaela Winkler für den Bereich Tarif, Stephan Müller für den Bereich Schichtdienst und Manfred Schäfer für die Kriminalpolizei als Stellvertreter. Zahlreiche weitere Ämter wurden gewählt, angefangen vom Schriftführer, über den Kassierer bis hin zu den verschiedensten „Mitmachern“, um nur einige zu nennen. Der neue Vorstand hofft darauf, auch weiterhin eine transparente und vor allem greifbare Kreisgruppe zu sein. Oberstes Ziel ist es, die Mitglieder auf dem Laufenden zu halten und als Ansprechpartner stets ein offenes Ohr zu haben. Denn nur dadurch können wir es schaffen, mehr Kolleginnen und Kollegen von bloßen Beitragzahlern zu aktiven Meinungssagern zu bewegen.



Nur gemeinsam stark! Ein kleiner Teil des neuen Teams der Kreisgruppe Fulda v.l.: Conny Jehnert, Stephan Müller und Michaela Winkler.



Moderator der JHV Stephan Müller und „Organisationsfee“ Michaela Winkler.

Geehrt wurden darüber hinaus:

Für 25 Jahre Mitgliedschaft:
Christoph Henkel, Berthold Neidert,
Harald Kümmel, Thorsten Schnell,
Oliver Sauer

Für 40 Jahre Mitgliedschaft:
Ralf Flor, Andreas Hügel, Michael
Böhm, Walter Strott, Erwin Figge

Für 50 Jahre Mitgliedschaft:
Gerhard Gebel

Für 60 Jahre Mitgliedschaft:
Adolf Krause und Horst Mann



Der Leitende Polizeidirektor Ralf Flohr bleibt der GdP seit 40 Jahren treu und wurde dafür von Karsten Bech, Ewald Gerk und Conny Jehnert geehrt.



Mit 86 Jahren war der Jubilar Gerhard Gebel einer der Ältesten im Saal.



GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!



www.gdp.de/hessen

Foto oben: Nach über 18 Jahren gab „Scheuni“ den Vorsitz der Kreisgruppe Fulda ab. Gleichzeitig verabschiedete sich Ewald Gerk als Bezirksgruppenvorsitzender. Wir danken beiden für ihr Engagement und wünschen ihnen weiterhin alles erdenklich Gute!

Foto links: Bezirksgruppen- und Personalratsvorsitzender Karsten Bech berichtete über aktuelle Themen.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

HARALD SCHLENK WURDE ZUM NEUEN KG-VORSITZENDEN GEWÄHLT

Im November 2015 fand im Sportlerhaus des TV Petersberg die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe PAST Petersberg statt.

Neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern konnte der Vorsitzende Karsten Bech den BZG-Vorsitzenden Ewald Gerke begrüßen.

Bei der Totenehrung wurde insbesondere an die verstorbene Tarifbeschäftigte Pia Hahner gedacht.

Im Anschluss bedankte sich der Kreisgruppenvorsitzende bei seinen Vorstandskollegen für die ehrenamtlich geleistete Tätigkeit und die sehr gute Zusammenarbeit bei Ewald Gerke. Im Rechenschaftsbericht ging Karsten Bech unter anderem auf die Themen Gründung und weiterer Werdegang der GdP-Kreisgruppe PAST Petersberg ein. Im Jahr 1997 wurde die Kreisgruppe nach Zugehörigkeit zur KG Fulda und BZG HPVKA eigenständig. Nach mehrjähriger Tätigkeit als KG-



Der neue Kreisgruppenvorsitzende Harald Schlenk (links) dankte seinem Vorgänger Karsten Bech (rechts) für seine geleistete Arbeit in der Kreisgruppe und überreichte als Dank ein Präsent.

Vorsitzender gab Karsten Bech bekannt, dass er sich nicht mehr zur Wahl des Vorsitzenden stellen wird. Er werde sich zur Wahl des BZG-Vorsitzenden stellen, da Ewald Gerke nicht wieder kandidieren möchte. Weitere Schwerpunktthemen waren die eventuelle Auflösung der Dienststelle PAST Petersberg. Die PAST Petersberg stand wieder einmal auf dem „Prüfstand“. Es solle geprüft werden, weshalb das PP Osthessen zwei Polizeiautobahnstationen hat, wohin gegen die anderen Präsidien jeweils



Gut besuchte Jahreshauptversammlung im Vereinsheim in Petersberg.

nur eine PAST haben. Im Gespräch ist die Station zu schließen bzw. eine Dienststellenzusammenlegung durchzuführen. Hierdurch sollten eventuelle Synergieeffekte entstehen. Ewald Gerke und Karsten Bech betonten, dass man dies von GdP-Seite aus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versuche zu verhindern.

Im Anschluss an den Bericht des Vorsitzenden gab der Kassierer Kurt Sohmen seinen Rechenschaftsbericht bekannt. Hierbei wurden die Ausgaben, Einnahmen und die aktuelle Mitgliederzahl erläutert. Der Kassierer Peter Heil bescheinigte dem Kassierer eine ordnungsgemäße und einwandfreie Kassenführung.

Da Karsten Bech nicht mehr als KG-Vorsitzender zur Verfügung steht wurde Harald Schlenk einstimmig als Nachfolger gewählt. Harald hatte

bereits als langjähriger stellvertretender KG-Vorsitzender sein Geschick unter Beweis gestellt. Für diese Position wurde nun Uli Wiegand, ehemals Beisitzer, als stellvertretender KG-Vorsitzender gewählt. Kollege Carsten Sippel wurde als Beisitzer gewählt. Neue Kassenprüfer sind Manfred Schmidt und Werner Lessmann. Des Weiteren mussten die Delegierten für den anstehenden BZG-Delegiertentag in Lauterbach bestimmt werden. Glückwunsch an die Gewählten.

Im Anschluss fand die Ehrung einiger Jubilare statt. Für 25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit wurde Kurt Sohmen geehrt. Für 60-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit wurden Hermann Müller, Klaus Schauer und Fritz Thiel geehrt. Für ihr 25-jähriges Dienstjubiläum wurde Lioba Mihm, für das 40-jährige Dienstjubiläum Martin Schwalbach und Dieter Hilpert geehrt.



EHRUNGEN v.l.: Karsten Bech, Hermann Müller, Ewald Gerke, Kurt Sohmen, Klaus Schauer und Harald Schlenk.



Der neue Kreisgruppenvorstand v.l.: Vorsitzender Harald Schlenk, Kassierer Kurt Sohmen, Schriftführer Markus Becker, stv. Vorsitzender Uli Wiegand und Beisitzer Carsten Sippel.

Den 50. Geburtstag feierten Karsten Bech, Matthias Axt, Martin Leibold und Holger Roth. Den 60. Wolfgang Gottschalt und Peter Heil. Alfons Bernady konnte den 70. Geburtstag feiern.

Nach den Ehrungen konnte der Bezirksgruppenvorsitzende Ewald Gerk noch einiges aktuelles aus gewerkschaftlicher und landespolitischer Sicht mitteilen. Themen waren Beihilfeänderungen, Pflegeversicherung und Personalratswahlen 2016.

Hermann Müller berichtete als GdP-Seniorenvertreter von der geleisteten und noch anstehenden Seniorenarbeit.

Harald Schlenk
KG PAST Petersberg

JEDER ANGRIFF IST EINER ZUVIEL

BRIEF DER GdP OSTHESSEN AUF DEN HNA-ARTIKEL: „IMMER WIEDER ANGRIFFE AUF POLIZISTEN IM KREIS“ VOM 22.02.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gewerkschaft der Polizei fordert seit langem einen eigenen Straftatbestand im Strafgesetzbuch, der Angriffe auf Polizeibeschäftigte sowie Rettungskräfte unter Strafe stellt.

Dies kommt nicht von ungefähr. Die schrecklichen Bilder von brennenden Streifenwagen und lebensbedrohlichen Angriffen auf Kolleginnen und Kollegen während der Blockupy Demonstrationen in Frankfurt am Main sind uns noch allen in den Köpfen. Am Heiligabend wurde ein Kollege im hessischen Herborn durch einen Messerangriff getötet und ein weiterer Kollege schwer verletzt.

Erst in den letzten Tagen wurden bei Einsätzen im Bereich Fulda eine Kollegin mit ihrem jungen Kollegen verletzt und musste sogar operiert werden. In einem weiteren Fall wurden 5 Kollegen verletzt, 3 von ihnen durch Messerstiche. Hier bleibt nur anzumerken, dass alle aufgrund ihres professionellen Handelns und einer großer Portion Glück nicht schwerer oder gar lebensgefährlich verletzt wurden.

Durch die geschilderten Fälle wird deutlich, dass die Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegen die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zunimmt.

Durch eine Gegenüberstellung von Statistikzahlen bezüglich Angriffe auf Polizeibeamte kann ich zwar die Anzahl der Angriffe vergleichen, habe jedoch keinerlei Aussagekraft bezüglich der Art und Intensität der entgegengebrachten Gewalt.

Das die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst fast



alle mit den persönlichen Schutzwesten Dienst versehen verdeutlicht auch, dass man gefährlichen Situationen rechnet.

Ganz deutlich ist aus Sicht der GdP: „Jeder Angriff auf Polizeibeschäftigte oder Rettungskräfte ist ein Angriff zu viel“.

Durch strafverschärfende Vorschriften (Forderung nach § 112 StGB) muss jedem, der „Einsatzkräfte“ angreift, klar sein, dass ist ein absolutes ‚no go‘ und ich habe eine empfindliche Bestrafung zu erwarten. Wenn dies dann auch noch rechtlich angewendet und auch im zur Verfügung stehenden Rahmen gehandelt wird, wird sich dies sicherlich herumsprechen.

Mit freundlichen Grüßen
Karsten Bech



BEIHILFEÄNDERUNG, NULLRUNDE, WERTSCHÄTZUNG...

Erinnern wir uns: Zum Beginn der Herbstferien erhielten die meistens der Beihilfeberechtigten einen Brief von der Beihilfestelle mit der Frage: ‚Wahlleistungen ja oder nein‘. Das beigelegte Infoschreiben trug ebenfalls nicht zur Beantwortung der Fragen bei. Da es ist der Beihilfe unzählige Fallkonstellationen gibt, ist es für die meisten nicht möglich die Folgen ihrer Wahl abzuschätzen. Was die Information der Beihilfeberechtigten betrifft, hat der Dienstherr versagt.

Man kann es drehen und wenden wie man will, die 18,90 Euro sind und bleiben eine Gehaltskürzung. Der Dienstherr streicht Beihilfeleistungen, deklariert diese als freiwillige Leistungen und will uns glauben machen, dass man mit dieser Regelung den Beschäftigten noch etwas Gutes tut.

Glaubt man in der Landesregierung wirklich, dass die Beschäftigten dies jubelnd hinnehmen? Die diesjährige Nullrunde war und ist Ausdruck einer nichtvorhandenen Wertschätzung den Beamtinnen und Beamten gegenüber. Gleichzeitig verlangt man diesen Beschäftigten Überdurchschnittliches ab. Beihilfe ist für die Polizeibeschäftigten ein zentrales Thema, da es um ihre Krankenversorgung geht. Nachfolgend haben wir die seit 1. November gelten-



Gerhard Kaiser von der Beihilfestelle in Hünfeld referierte über die aktuellen Änderungen bei der Beihilfe. Auch aktuelle Fragen beantwortete er kompetent und oftmals hatten die Zuhörer eine „Aha-Effekt“.



den Änderungen dargestellt.

Die terroristischen Anschläge in Paris Mitte November haben uns gelehrt, dass derartige Taten von fanatisch verblendeten Extremisten überall geschehen können. Gänzlich verhindern können wir sie natürlich nicht. Wir können aber die Polizei personell so gut ausstatten, dass der Schichten-, Ermittlungsgruppen und Kommissariate in der Lage sind in ihrem Zuständigkeitsbereich Präventivstreife fahren zu können. Dadurch lassen sich frühzeitig Veränderungen erkennen, die Hinweise auf solche Taten geben. Nicht nur die Anzahl der Polizeistellen ist dabei entscheidend, sondern auch die Bezahlung. Fühlen sich die Polizeibeamtinnen und -beamten anständig bezahlt und wertschätzt, sind sie bereit nicht nur bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu gehen, sondern auch ein Stück weit darüber hinaus.

Die aktuell vorliegende Änderung der Beihilfeverordnung wirft bei vielen Beschäftigten viele Fragen auf. Die Information, der Abdruck des Gesetzestextes führt auch nicht zur Beantwortung offener Fragen. Deshalb haben wir als GdP nachfolgend einmal die wichtigsten Änderungen dargestellt.

Was ändert die 13. Verordnung zur Änd. der Hessischen Beihilfeverordnung (HBeihVO)?

Die Hessische Beihilfeverordnung wird zum 01.11.2015 an folgenden Stellen geändert:

1. § 5 Abs. 1 Satz 5 -> die Aufwendungen für Heilpraktiker sind bis zur Höhe der in der Anlage 4 zu § 6

Abs. 1 Nr. 1 HBeihVO aufgeführten Beträge beihilfefähig.

2. § 5 Abs. 1a -> Aufwendungen für Leistungen, die in Form von ambulanten, voll- oder teilstationären Komplextherapien erbracht und pauschal berechnet werden, sind im Umfang der Leistungen eines mit der privaten oder gesetzlichen Krankenversicherung geschlossenen Versorgungsvertrags und bis zur Höhe der dort geregelten Vergütung beihilfefähig. Dies gilt auch für ärztliche Leistungen, die nicht nach der Gebührenordnung für Ärzte abgerechnet werden, sowie für Hilfsmittel
3. § 6 und 6a -> Wahlleistungen (wahlärztliche Leistungen und Zweibettzimmerzuschläge abzgl. 16,00 € Eigenanteil p. T.). Diese Leistungen sind ab 01.11.2015 nur noch dann beihilfefähig, wenn die/der Beihilfeberechtigte binnen einer Ausschlussfrist von 3 Monaten erklärt, dass er diese Leistungen auch künftig beanspruchen will und dafür monatlich 18,90 € ab 01.11.2015 von seinen Bezügen einbehalten lässt.
4. § 9 bis 9d -> die Pflegeleistungen werden dem SGB XI angepasst. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zur Alimentationspflicht wurde in § 9c eingearbeitet.
5. Anlage 2 -> die gnathologischen Leistungen (Nrn. 8000 ff. der Gebührenordnung für Zahnärzte) sind künftig wieder nur dann beihilfefähig, wenn der Befundbericht des Zahnarztes vorgelegt wird.



Zu den einzelnen Änderungen:

zu 1. Gebührender Heilpraktiker(innen)

Die Gebühren der Heilpraktiker nach der GebüH sind nur im Rahmen der Anlage 1 beihilfefähig. Die Höhe der Leistungen ist gegenüber der bisherigen Praxis gleich geblieben. Insbesondere psychotherapeutische Leistungen der Heilpraktiker sind – wie bisher – nicht beihilfefähig. Bei den Sätzen der Anlage 4 zu § 6 Abs. 1 Nr. 1 HBeihVO handelt es sich um Höchstbeträge. Wissenschaftlich nicht allgemein anerkannte Behandlungen bleiben daneben nach § 6 Abs. 2 HBeihVO weiterhin von der Beihilfengewährung ausgenommen.

zu 2. Komplextherapien

Aufwendungen für Leistungen, die in Form von ambulanten, voll- oder teilstationären Komplextherapien erbracht und pauschal berechnet werden, waren bisher von der Beihilfengewährung ausgenommen. Dies hat nun der Verordnungsgeber wie in den anderen Bundesländern auch, nachgezogen. Jetzt kommen auch Beihilfempfänger(innen) in den Genuss dieser Komplextherapien. Gesetzlich pflichtversicherte Personen erhielten diese Leistungen schon seit Jahren. Beabsichtigt der Beihilfeberechtigte für sich oder seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen die Teilnahme an einer solchen Therapie, empfiehlt sich das folgende Vorgehen für in einer privaten Krankenversicherung versicherte Personen. Der Heil- und Kostenplan des Leistungserbringers ist der privaten Versicherung zur Voranerkennung vorzulegen. Soweit nicht durch den Leistungserbringer bereits eine Kopie des Vergütungsvertrags mit einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung vorgelegt wird, ist dieser durch den Beihilfeberechtigten zu beschaffen. Der Weg führt hier über

se.

zu 3. Wahlleistungen im Rahmen der stationären Behandlung.

Wahlleistungen waren bisher nach § 6 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe b) HBeihVO beihilfefähig. Zu den Wahlleistungen zählen bei die wahlärztlichen Leistungen, landläufig als „Chefarztbehandlung“ bekannt und die Mehraufwendungen für die Unterbringung in einem Zweibettzimmer. Während diese Leistungen bisher beihilfefähig waren, hat sich die Beihilfefähigkeit ab dem 01.11.2015 grundlegend geändert. Wahlärztliche Leistungen und die Aufwendungen für das Zweibettzimmer abzüglich 16,00 € Eigenanteil pro Aufenthaltstag sind nun dann beihilfefähig, wenn der Beihilfeberechtigte binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten gegenüber der Beihilfestelle auf dem dafür vorgesehenen Vordruck erklärt, dass er diese Leistungen weiterhin für sich und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen erhalten möchte und sich dafür verpflichtet, ab 01.11.2015 monatlich 18,90 € von seinen Bezügen einbehalten zu lassen. Wer diese Erklärung nicht bis spätestens 31.01.2016 um 24.00 Uhr bei der Beihilfestelle eingehend abgegeben hat, verzichtet unwiderruflich auf diese Leistungen, bis sich entweder sein Beamtenverhältnis z. B. durch Versetzung in den Ruhestand ändert. Wer also die Leistungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe b) HBeihVO weiterhin für sich und seine berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen in Anspruch nehmen will, soll die Formularerklärung unterschreiben und die Alternative „Ja“ ankreuzen. Die Beihilfestelle teilt die Tatsache, dass eine entsprechende Erklärung abgegeben wurde, der Bezugsstelle mit, die den Betrag von 18,90 € monatlich an 01.11.2015 von den Bezügen einbehält. Wer die Erklärung in-

die private Krankenversicherung. Ohne Nachweis eines Versicherungsvertrags mit einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung sind die Aufwendungen nicht beihilfefähig. Für gesetzlich Krankenversicherte genügt der Nachweis der gesetzlichen Krankenkas-

serhalb der Ausschlussfrist nicht abgibt oder auf dem Formularbogen „Nein“ ankreuzt, erhält ab 01.11.2015 für sich und seine berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen auf die Wahlleistungen keine Beihilfe mehr. Der Betrag von 18,90 € monatlich ist nicht für den Beihilfeberechtigten und jeden berücksichtigungsfähigen Angehörigen gesondert zu entrichten. Mit dem Betrag sind vielmehr der Beihilfeberechtigte und alle seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen für diesen Betrag insgesamt berechtigt. Daher zahlt der ledige Beihilfeberechtigte ohne berücksichtigungsfähige Angehörige genauso 18,90 € monatlich wie z. B. der Beihilfeberechtigte mit 5 berücksichtigungsfähigen Kindern.

Die Zahlungspflicht ruht:

- während der Elternzeit des Beihilfeberechtigten
- während einer Beurlaubung nach § 64 Abs. 1 Satz 1 HBG, solange ein Beihilfeanspruch besteht
- während einer Beurlaubung ohne Beihilfeanspruch
- in den Fällen des § 4 Abs. 1 Nr. 1 HBeihVO für die Dauer des Ausschlusses der auf einem Versorgungsbezug beruhenden Beihilfeberechtigung.

Auf die Wahlleistungen kann jederzeit unwiderruflich für die Zukunft verzichtet werden. Mit dem Verzicht auf die Leistung erlischt auch die Zahlungsverpflichtung.

Nach Auskunft des Hessischen Ministeriums der Finanzen sind die 18,90 € nicht als Sonderausgaben geltend zu machen. Der Betrag mindert direkt das zu versteuernde Einkommen und damit wird auf den Betrag überhaupt keine Steuer fällig.

zu 4. Pflegeleistungen

Die Leistungen im Rahmen der Pflege wurden den Leistungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung angepasst. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zur Alimentationspflicht wurde eingearbeitet.

zu 5. Gnathologischen Leistungen

Die gnathologischen Leistungen (Nrn. 8000 ff. der Gebührenordnung für Zahnärzte) sind künftig wieder nur dann beihilfefähig, wenn der Befundbericht des Zahnarztes vorgelegt wird.

Bilder von den Beihilfeveranstaltungen in Südosthessen und in Osthessen.



Fortsetzung...

Es empfiehlt sich für den Beihilfeberechtigten, sich diesen Nachweis mit der Rechnung aushändigen zu lassen und eine Kopie desselben mit der Rechnungskopie zusammen bei der Beihilfenstelle vorzulegen.

Ausblick:

Nicht alle Fragen können mit diesem Artikel beantwortet werden. Wir, die hessische GdP sehen es als unsere Verpflichtung, unseren Auftrag an, den Mitgliedern die bestmögliche Information zukommen zu lassen. Dies geschieht am besten in Informationsveranstaltungen vor Ort mit sachkundigen Referenten, die wirklich Ahnung von der Materie haben. So gaben es bereits in allen Bereichen Informationsveranstaltungen.

Die Veranstaltungen reichen nicht aus, um alle Änderungen, die die neue Beihilfeverordnung beinhaltet verständlich zu erklären. Im Frühjahr des kommenden Jahres werden die Beihilfeveranstaltungen fortgesetzt.

ge/kai



POLIZEI IN OSTHESSEN TWITTERT

Unter dem Namen „Polizei_OH“ „zwittert“ die osthessische Polizei seit Rosenmontag fleißig und informiert die Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg über einen weiteren medialen Zweig.

Mit der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft und der großen Verbreitung von Smartphones ist der Zugriff auf Informationen inzwischen nahezu überall problemlos möglich; Netz- und Datenverbindung vorausgesetzt. Auch die hessische Polizei ver-



Das osthessische „Twitter-Team“ während des diesjährigen Rosenmontagszuges in Fulda.



Die Startseite des osthessische Twitter-Account.

folgt diese Entwicklung. Die Polizei in Frankfurt twittert schon seit Monaten über unzählige Einsatzanlässe in der Mainmetropole. Die nordhessische Polizei in Kassel hat sich im vergangenen Jahr als zweites Präsidium angeschlossen. Als drittes Präsidium ist nun Osthessen am Start. Die Kolleginnen und Kollegen informierten am Rosenmontag zum Beispiel über die Erstürmung der Stadtwache, den Rosenmontagsumzug und Verkehrsbehinderungen.

In Zukunft plant das Team der „Sozialen Medien“ in Osthessen über Verkehrsbehinderungen und polizeiliche Maßnahmen zu berichten. Gleichzeitig können

sie aber auch schnell vor besonderen Phänomenen wie Taschendiebstähle oder aufkommende Aggressionen warnen oder Zeugen zu Straftaten suchen. Aber auch besondere Pressemeldungen, spannende oder heitere Erlebnisse aus dem dienstlichen Alltag, Fahndungen sowie Hinweise und Warnmeldungen sollen ab diesem Zeitpunkt zum festen Repertoire der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit in Osthessen gehören.

*Christian Stahl /
Conny Jehnert*

OSTHESSENS POLIZEI ERHÄLT VERSTÄRKUNG



Zehn neue Polizistinnen und Polizisten unterstützen ab Februar ihre Kolleginnen und Kollegen in Osthessen. Polizeipräsident Hoff und LtD.PD Ralf Flohr, hießen die Neuzugänge Anfang November im Polizeipräsidium in Fulda herzlich willkommen.

„Ich freue mich, dass wir mit ihnen Verstärkungen erhalten, die allesamt bereits unterschiedlichste Erfahrungen im Polizeiberuf mitbringen“, wandte sich Osthessens Polizeipräsident Hoff in seiner Ansprache an die Neuzugänge. Die drei Frauen und sieben Männer im Alter von 27 bis 50 Jahren hatten zuvor bereits Dienst bei der Bereitschaftspolizei sowie bei der Schutz- und Kriminalpolizei anderer Polizeibehörden verrichtet. Sie waren bei den Polizeipräsidien Süd-, Südost-, West- und Nordhessen, sowie beim Polizeiprä-

sidium der Mainmetropole Frankfurt beschäftigt. Mit der Versetzung ist für sie der teilweise langjährige Wunsch nach einer heimatnahen Verwendung in den drei osthessischen Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg und dem Vogelsbergkreis in Erfüllung gegangen.

Personalrats- und GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Karsten Bech wünschte den „Neuen“ viel Erfolg auf ihren Dienststellen, immer das nötige Quäntchen Glück sowie beste Gesundheit.

Das Personalratsbüro ist das Büro der „offenen Türen“. Wenn Probleme vorhanden sind oder sich Fragen stellen, dann bitte einfach vorbeikommen oder anrufen (0011/105-1040).

SENIORENWEIHNACHTSFEIER MAIN-KINZIG

Am 15. Dezember fand die diesjährige traditionelle Weihnachtsfeier der Senioren in den Räumen des PSV Grün-Weiß in Hanau statt.

Überraschend viele Gäste konnte der Seniorenvertreter, Norbert Tumbrägel, dieses Jahr begrüßen.

Zunächst gab er einen Überblick über die durchgeführten Veranstaltungen des vergangenen Jahres, wie das Sommerfest am 03.08.15 im Ersten Hess. Jugendwaldheim in Niedermittlau, dem Herbstausflug am 05.09.15 nach Traben-Trarbach und Bernkastel-Kues mit revolutionären 150 Teilnehmern und die regelmäßigen Stammtische im Steakhaus in Langenselbold. Er bedankte sich auch für die Unterstützung bei Blockupy.



Der Seniorenvorsitzende der Kreisgruppe Main-Kinzig Norbert Tumbrägel.

Weiterhin führte er aus, dass in Hessen ca. 500 Vollzugsbeamte fehlen. Eingestellt werden aber nur 200 Polizeibeamte und 100 Wachpolizisten. Dass diese erst in drei Jahren brauchbar sind, muss nicht erwähnt werden. Die Bayern waren da vorausschauender. Sie stellten in den letzten sechs Jahren 2500 Polizeibeamte ein.

Das wir in Hessen nicht die besten Rahmenbedingungen haben, steht auch fest. Anwärter müssen sich schließlich eigene Zimmer suchen. Viele bewerben sich daher in anderen Bundesländern. Dann gibt es noch die, die nur das Studium absolvieren, dafür Geld kassieren und nach Erhalt des



Gut besuchte Seniorenveranstaltung.

Bachelor dann an der regulären Uni, vom Numerus Clausus befreit, in ihrem Lieblingsfach studieren.

Einen Ausblick gab es auch auf die terroristischen Vorfälle in Paris. Die Täter dort trugen Schutzwesten der Klasse vier. Unsere Polizei hat Schutzwesten der Klasse 1 oder 2. Dies bedeutet, dass man die bestehenden AMOK Konzepte nicht mehr anwenden kann.

Interessantes gab es noch aus dem Bereich der Lehrer zu berichten. Sie haben gestreikt. 5500 haben nun ein Disziplinarverfahren am Hals wegen Fernbleiben vom Dienst. Im Hess. Ministerium des Innern hat man extra 5 Juristen eingestellt für eine Missbilligung oder so etwas ähnliches. Und das alles soll dann zum Thema sparsame Haushaltsführung passen. Was die meisten Lehrer damit machen, kann man sich denken. Nur drei Lehrer haben vorher nicht weit genug gedacht. Sie durften aufgrund des eingeleiteten Diszi nicht am Beförderungsverfahren teilnehmen. Im einen oder anderen Gespräch wurde deutlich, dass die Kollegen unzufrieden sind. Immerhin müssen seit 1999 rund 20 Prozent Gehaltsverlust hingenommen werden.

An diesem Punkt sollte man aber auch zurückdenken an die Zeit vor der letzten Landtagswahl. Wir die GdP haben die Politiker der Landtagsparteien eingeladen. Die CDU hat dabei

ganz klar ausgeführt, dass man der Polizei nichts aber auch gar nichts versprechen kann.

Wir haben sie trotzdem gewählt. Jetzt müssen wir es auch aussitzen. Da hilft es auch nicht, dass Hessen am Ende der Einkommensskala ist. Mit an der Spitze steht das arme Niedersachsen, welches rund 220 Euro mehr für seine Beamten ausgibt. Wie schon einmal führt jedoch eventuell die derzeitige terroristische Lage zu einem Umdenken in der Politik.

Wenigstens im Tarifbereich gibt es Positives zu vermelden. Der dortige Stellenabbau wird ausgesetzt. Damit bleiben die restlichen 29,5 Stellen bei der Polizei. Vorerst !!

Abschließend wurde auch noch das Thema Beihilfe angesprochen. Zwei Mal konnte durch die Aktivitäten der GdP, erwähnt seien hier insbesondere die Demos, die Einsparungen von 33 bzw. 17 Mio verhindert werden. Entgegen den Ankündigungen von 100 bis 200 Euro Mehrbeitrag monatlich für die Krankenversicherung, sei immer noch genug geblieben. 18,90 Euro sind zu bezahlen, wenn man weiterhin das Zweibettzimmer und die



Thorsten Pfeiffer (rechts) im Gespräch mit Johannes Roth.

Chefarztbehandlung genießen will. Bei 97000 Beamten in Hessen sind es jetzt rund 20 Millionen Euro pro Jahr an Einsparung, da davon auszugehen ist, dass es die deutlich überwiegende Zahl annehmen wird.

Unser BZG-Vorsitzender Thorsten Pfeiffer, ließ es sich auch nicht nehmen an der Feier teilzunehmen und von seiner GdP-Arbeit zu erzählen. Auch unser freigestelltes Personalratsmitglied und Vorsitzender der GdP Main Kinzig, Markus Hüschenbett, berichtete über seine Arbeit.

Als besonderen Gast konnte Norbert Tumbrägel den Seniorenvorsitzenden der Bezirksgruppe, Rolf Degenhardt, begrüßen. Er brachte es auf den Punkt. **„Verbraucht, kaputt, im Dienst**

zerschunden, durch Schichtarbeit und Überstunden, die Nullrunde – Regierung freut sich, kassiert noch achtzehn Euro neunzig!“ Wird das unser Leitsatz 2016?

Nach den Vorträgen bot sich die ausgezeichnete Gelegenheit bei Weihnachtsgebäck und einer kleinen Brotzeit über die gemeinsamen aktiven Zeiten zu plaudern.

So war die Veranstaltung wieder ein gelungener Nachmittag, der von uns



„Die Hanauer Runde“.

sehr gerne organisiert wurde.

Norbert Tumbrägel

Seniorenvorsitzender

HARTMUT ROSE IM RUHESTAND

Am Montag, den 30.11.2015, wurde an seinem 60. Geburtstag Polizeioberkommissar Hartmut Rose („Hacky“) im Kreise seiner Kollegen vom Leiter der Polizeistation Hanau II, Rainer Kraus, in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedet (Foto rechts). Er dankte ihm für seine über 37 Jahre währende Treue zur Polizeistation Hanau II.

In einer kurzweiligen Rede ließ er die dienstliche Vergangenheit von POK Rose Revue passieren, die auch dank zahlreicher Zulieferungen ehemaliger Kollegen/Innen die Gäste oft zum Schmunzeln brachte.

POK Rose trat am 01.10.1974 in der damaligen 15. Hundertschaft in Hanau seinen Dienst bei der Polizei an. Nach einer kurzen Verweildauer bei der PSt.



Heusenstamm wurde er auf eigenen Wunsch am 16.10.1978 zur PSt. Hanau II versetzt. Hier versah er Schichtdienst bis zu seiner Umsetzung in den Tagdienst beim Polizeiposten Bruchköbel am 01.12.2012. Dort war er u.a. als Schutzmann vor Ort für die Stadt Nidderau tätig.

POK Rose wird als überaus verlässlicher und sehr geschätzter Kollege in Erinnerung bleiben.

Die nunmehr mittels Urkunde zusätzlich gewonnene Freizeit wird er mit Reisen in ferne Länder, Tischtennis und einem Engagement im sozialen Bereich sinnvoll zu nutzen wissen.

Seine Nachfolge beim Polpo Bruchköbel tritt Silke Rübmann an.

Wir wünschen unserem Kollegen einen ereignisreichen, langen und vor allem gesunden Ruhestand!

*Rainer Kraus
Hanau*

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!

**Personalrats-
wahl 2016**





3. BLAULICHT-ROCKNACHT IN OSTHESSEN

Mitte Dezember 2015 war es wieder soweit. Im Trubel der Adventszeit und des Weihnachtsstresses trafen sich die „Blaulichter“ aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Osthessens. In der Kultkneipe „Alte Piesel“ rockte man um das alte Jahr gemeinsam zu beenden. Nach dem Motto „mal den Fuß vom Gaspedal nehmen“ sollte es eine Party von Polizisten, Feuerwehr und allen die mit Blaulicht unterwegs sind werden.



Osthessens GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Karsten Bech eröffnete die 3. Blaulichtrocknacht in der „Alten Piesel“ in Künzell-Dirlos.

Die bereits 3. Blaulicht-Rocknacht wurde gemeinsam von der GdP-Bezirksgruppe Osthessen und der Band „Goose Brothers“ organisiert.

Die „Goose Brothers“ wurden in diesem

Jahr von „Viola Tamm“ mit ihrer Band (Gewinner des deutschen Rock- und Popp-Preises) unterstützt.

Beide Bands heizten den „Blaulichtern“ richtig ein, sodass in der „Piesel“ eine super Stimmung herrschte, alle ausgelassen tanzten und feierten bis das Wasser an den Wänden herunterlief.

Ursprungsgedanke für die Blaulicht Rocknacht war einst, dass gemeinsame Tätigkeiten im Alltag, ohne das am Einsatzort Zeit für ein gemeinsames Gespräch gefunden wird.

So entstand vor drei Jahren die Idee für diese Veranstaltung, weil man die Beziehungen untereinander vertiefen und verbessern wollte. Dass die Veranstaltung gut angekommen ist, bewies wieder der gefüllte Saal.

Bei toller Musik feierte man im Saal, wie es sich unter „Kolleginnen und Kollegen“ gehört und man führte sicherlich das ein oder andere Gespräch über gemeinsame Einsätze.

Versprechen können wir, dass es eine

Wiederauflage in 2016 (vermutlich am Freitag, 16. Dezember 2016) geben wird.

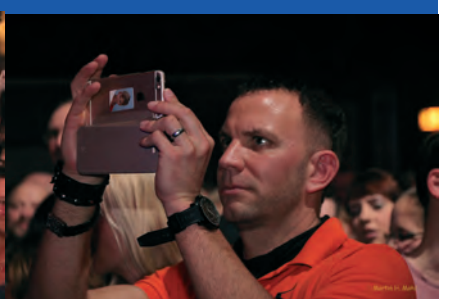


Mit der Gewinnerin des deutschen Rock- und Popp-Preises, Viola Tamm, wurde eine Sängerin gefunden, die einen Glanzpunkt setzte.

Abschließend sei bemerkt, dass die GdP kein Verdienst erwirtschaften möchte, denn nach Kostendeckung wird eine Spende an die Polizeistiftung übergeben.

Vielen Dank für eure Unterstützung und bis zur nächsten Party: „Heute gibt Blaulicht wieder Vollgas!!“

Karsten Bech



SILVESTERBEREISUNG IM PP SÜDOSTHESSEN



Besuch bei der Einsatzzentrale in Offenbach (Foto links) und bei der PAST Langenselbold (Foto rechts).

Am Mittwoch, dem 30.12.2015 besuchten Bernhard Huder und Thorsten (Toaster) Pfeiffer alle Dienststellen im Bereich des PP SOH. Den diensthabenden Dienstgruppen wurden die besten Wünsche der GdP und des Personalrates für das neue Jahr überbracht.

Weiterhin wurde ein kleiner „Gaumenschmaus“ an die Dienstgruppen übergeben, um den Silvesternachtdienst etwas zu erleichtern.

Die GdP (Bezirksgruppe Südosthessen) i.V.m. dem Personalrat bedankte sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die

geleistete Arbeit in einem sehr arbeitsreichen Jahr 2015 und wünschte für den Silvesternachtdienst alles Gute, trotz Verzicht auf Familie, Frau, Freundin/Freund, Lebensabschnittsgefährte-/in pp.

Die GdP bleibt weiterhin für „ALLE ON AIR“, verbunden mit dem Leitspruch: **„SOH WIR SIND FÜR EUCH DA“**.

Es wird ein spannendes Jahr 2016, mit PR Wahl im Mai 2016.

TP /BZG SOH

EINLADUNG ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG AM 27. APRIL 2016 IM TÜMPELGARTEN

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

**am Mittwoch, den 27.04.2016,
findet um 13.00 Uhr,
im Nachbarschaftshaus im Tümpelgarten, Hanau**

die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Main-Kinzig statt.

Hierzu sind alle Mitglieder herzlich eingeladen.

Anträge zur Tagesordnung können bis zum Beginn der Versammlung gestellt werden.

Wir freuen uns auf Euch!

Mit kollegialen Grüßen

Markus Hüschenbett

Vorsitzender

P.S. Jeder Versammlungsteilnehmer erhält einen Imbiss und ein Gastgeschenk

IMPRESSUM



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach,
Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg,
PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold

GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Ewald Gerk / Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

PP SÜDHESSEN ERFOLGREICHER TITELVERTEIDIGER



Zehn Mannschaften trafen sich in Fulda, um die Meisterschaft im Tischtennis auszuspielen.

Insgesamt zehn Mannschaften mit jeweils vier Spielern/-innen trafen am 08.12.2015 in der Bundesligaarena des TTC Rhönsprudel Fulda-Maberzell aufeinander, um zum dritten Male die „Hessischen GdP-Polizeimeisterschaften im Tischtennis“ auszuspielen. Auch in diesem Jahr stand das Turnier unter der Schirmherrschaft von Landespolizeipräsident Udo Münch und die Erlöse kommen der Hessischen Polizeistiftung zu Gute.

Zu Beginn wurden die 40 Teilnehmer/-innen vom neuen Bezirksgruppenvorsitzenden Karsten Bech und Kriminaldirektor Klaus Wittich begrüßt. Beide wünschten allen einen erfolgreichen Turniertag. Vor den ersten Ballwechseln bekamen die Spielerinnen und Spieler vom Turnierleiter Thomas Scheunert noch einige organisatorischen Hinweise. Für deren leibliches Wohl wurde mit kühlen Getränken, Kaffee und Kuchen sowie belegten Brötchen, Klopfen und Würstchen am Verpfle-



Osthessen GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Karsten Bech (Bildmitte) eröffnete die „3. Hessischen GdP-Tischtennismeisterschaften“ und wünschte sich einen ereignisreichen und fairen Spieltag. Der LAsT KD Klaus Wittich begrüßte die Teilnehmer im Namen des PP Osthessen. Thomas Scheunert (rechts) hat das Turnier maßgeblich organisiert und zeichnet für die Turnierleitung verantwortlich.

gungsstand bestens gesorgt.

Danach startete das Turnier in zwei Gruppen mit jeweils fünf Mannschaften, die untereinander dann den Gruppenersten und -zweiten ausspielten. Diese qualifizierten sich für das Halbfinale und die Gruppenersten traten dann gegen die

Gruppenzweiten an. Die beiden Halbfinalsieger trafen dann im Endspiel aufeinander, die unterlegenen Halbfinalmannschaften teilten sich den 3. Platz. In einem hochklassigen Endspiel, mit vielen spannenden und sehenswerten Ballwechseln, konnte sich die Mannschaft des PP Südhessen I knapp mit 6:3 gegen das Team des PP Frankfurt I durchsetzen und verteidigte damit erfolgreich ihren Titel aus dem Vorjahr.

Nach fast zehn Stunden Gesamtturnierdauer erhielten die Siegermannschaften die Siegerurkunden überreicht. Leider konnte die offizielle Pokalübergabe nicht stattfinden, da der Titelverteidiger in der Früh diesen vergessen hatte. Mutmaßungen, dass für die Südhessen die Titelverteidigung mehr oder weniger schon vorher fest stand, entbehren jeglicher Grundlage. Auch der Spielverlauf im Finale, gegen die knapp unterlegenen Frankfurter, zeigt auf, dass es beim geplanten Turnier im nächsten Jahr, an gleicher Stelle in Fulda, wieder spannend wird. Der Wanderpokal des Polizeipräsidenten Alfons Hoff verbleibt damit ein weiteres Jahr im PP Südhessen.

Als Turnierleiter bedanke ich mich nochmals bei allen Spieler/-innen herzlich für die sportliche Fairness und den reibungslosen Ablauf. Ein herzliches Dankeschön richte ich nochmals an mein sportliches Unterstützungsteam Stefan Hebel, Christof Schürle und Ewald Gerk und an die freundlichen Servicekräfte des Verpflegungsstandes Susanne Scheunert und Horst Mann.

Ein besonderer Dank gehört auch dem Manager Stefan Frauenholz des TTC Rhön-Sprudel Fulda-Maberzell und dessen Bundesligatrainer Qing Yu Meng für ihre uneigennützig und freundliche Unterstützung. Wir wünschen dem Bundesligateam TTC Rhön-Sprudel Fulda-Maberzell auf diesem Weg viel Erfolg und endlich einen Titelgewinn. In den beiden letzten Jahren sind die Fuldaer Spieler erst in den Endspielen gegen das Team um Timo Boll von Borussia Düsseldorf knapp gescheitert. Vielleicht sieht es in dieser Saison am Ende noch ein bisschen besser aus. Absolut sehenswert war auf jeden Fall die Trainingseinheit des Bundesligatrainers mit seinem Sohn Fan Bo Meng, welche die Tischtennispieler gratis und mit großem Staunen am Spätnachmittag in der Sporthalle verfolgen konnten.

Thomas Scheunert



Im Beisein des Bundesligatrainer Qing Yu Meng vom TTC Rhön-Sprudel Fulda-Maberzell (mit gelben Trickot) nahmen Karsten Bech (links) und Klaus Wittich (rechts) die Ehrung der Siegermannschaften vor.

Eine Übersicht über den Turnierverlauf geben folgende Tabellen:

Gruppe A

1. Platz, 8 : 0 Punkte, 24 : 3 Spiele; PP Südhessen I
2. Platz, 6 : 2 Punkte, 20 : 7 Spiele; PP Frankfurt I
3. Platz, 3 : 5 Punkte, 13 : 20 Spiele; PP Nordhessen I
4. Platz, 3 : 5 Punkte, 11 : 21 Spiele; PP Mittelhessen II
5. Platz, 0 : 8 Punkte, 7 : 24 Spiele; PP Osthessen II

Gruppe B

1. Platz, 8 : 0 Punkte, 24 : 6 Spiele; PP Mittelhessen I
2. Platz, 6 : 2 Punkte, 22 : 10 Spiele; PP Osthessen I
3. Platz, 3 : 5 Punkte, 14 : 19 Spiele; PP Nordhessen II
4. Platz, 2 : 6 Punkte, 11 : 22 Spiele; PP Südhessen II
5. Platz, 1 : 7 Punkte, 9 : 23 Spiele; PP Frankfurt II

Halbfinale

PP Südhessen I / PP Osthessen I 6 : 2
 PP Mittelhessen I / PP Frankfurt I 4 : 6

Finale

PP Südhessen I / PP Frankfurt I 6 : 3



Am Ende des Spieltages zogen die Ausrichter ein positives Resümee. Neben einem spannenden und interessanten Turniertag, ist die Hessische Polizeistiftung der finanzielle Gewinner des Tages.

200 Euro konnten der Polizeistiftung für die Unterstützung in Not geratener Polizeibeschäftigter übergeben werden.



JUNGE GRUPPE – „IMMER AM PULS DER ZEIT“

Ende September fand die Sitzung des GBJV/BJV in der Bundeshauptstadt statt. Inhaltlich wurde sich selbstverständlich mit der aktuellen Flüchtlingssituation in Deutschland und Europa befasst.

Hierzu wurde Dietmar Schilf (stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP) in die Sitzung der jungen Gewerkschaftler eingeladen. Der Bundesjugendvorstand erörterte mit Dietmar Schilf das Positionspapier der GdP zum Thema „Auswirkungen der Flüchtlingssituation in Deutschland auf die Polizei – Anforderungen an die Politik“. Da bereits ein Positionspapier der GdP als Entwurf erarbeitet wurde, war es der JUNGEN GRUPPE ein Anliegen, die Sichtweisen und Erfahrungen der jungen Kolleginnen und Kollegen zu äußern und in das Papier mit einfließen zu lassen. Denn wie so oft sind es bundesweit wieder viele junge Kolleginnen und Kollegen die beispielsweise in den Bereitschaftspolizeien oder im Einzeldienst besonders die hohe Arbeitsbelastung in der aktuellen Flüchtlingssituation zu spüren bekommen.

Die JUNGE GRUPPE möchte grundsätzlich junge Beschäftigte im Polizeidienst zu gewerkschaftspolitischer Beteiligung motivieren. Dies gilt auch und gerade bei der Situation um die Flüchtlingsslage in Deutschland und Europa sowie der Rolle der Polizei. Ein demokratischer Willens- und Meinungsbildungsprozess sowie eine konstruktive Auseinandersetzung mit diesem hoch komplexen Thema und den sich dabei stellenden Problemen ist enorm wichtig.

Natürlich gab es auch noch andere Themen auf der Tagesordnung. So wurden zahlreiche Termine für die JUNGE GRUPPE beschlossen:

- *Kleines Führungskräfte Training 2.-5. November 2015 in Potsdam*
- *Schöneberger Forum am 25./26. November in Berlin*
- *Europäischer Polizeikongress am 22./23. Februar 2016 in Berlin*
- *Zentrale Arbeitstagung der JG vom 3. Bis 6. April in Ausschwitz (Polen)*
- *50 jähriges JG-Bund Jubiläum am 19./20. Oktober 2016*
- *geplante Seminare der JUNGEN GRUPPE Bund 2016:*
- *S1 15.-17. April 2016 Drogenkriminalität*
- *S2 7.-10. Juli 2016 – Fit im Job*
- *S3 28.-30. Oktober 2016 Migration/Integration*
- *Seminar Public Relations vom 1.-3. Februar 2016*
(Anmeldung zu den Seminaren wie gewohnt über die Homepage der GdP Bund unter der Rubrik JG)

Als bereits erfolgreich gelaufene Aktionen konnte im Rahmen der Sitzung der GdP-Betreuungseinsatz zum G7 Gipfel in Elmau (Bayern) nachbereitet werden. Hier war die



Der Bundesjugendvorstand bei seiner Sitzung in Berlin.

JUNGE GRUPPE Bund mit 19 Kolleginnen/Kollegen aus dem Bundesgebiet vertreten.

Auch der 4-tägige Deutsch-Evangelische Kirchentag im Juni 2015 in Stuttgart konnte als ein erfolgreicher Event nachbereitet werden. Hier zeigte die JUNGE GRUPPE Bund Präsenz und präsentierte zusammen mit der Frauengruppe Bund, die GdP bei einer beeindruckenden Besucherzahl des Kirchentages von 250.000 Menschen.

Zwei personelle Veränderungen im geschäftsführenden Bundesjugendvorstand wurden im Rahmen der Sitzung ebenfalls beschlossen. So wurde der stellvertretende Bundesjugendkassierer Ramin Kalali (LB Bremen) nach dem Ausscheiden von Patricia Spina zum stellv. Bundesjugendvorsitzenden gewählt. Die nun frei gewordene Stelle des/der stellv. Bundesjugendkassierers/in konnte durch Maria Arndt (LB MV) besetzt werden.

Freuen dürfen wir uns auf die Fortführung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Kampagne der JUNGEN GRUPPE Bund „Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft“

Christoph Mähring
stellv. Bundesjugendvorsitzender



SEMINAR VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND



Erfolgreiches Seminar Vorbereitung auf den Ruhestand vom Anfang November 2015 in Tann/Rhön.

Ein Seminar ist erfolgreich wenn:

- *die Verpflegung, Unterkunft, Bedienung und das Wetter stimmen*
- *die Seminarleitung sich professionell vorbereitet hat*
- *die Referenten die vielfältigen Erwartungen der Teilnehmer erfüllen*
- *die Seminarunterlagen aktuell und informativ sind*
- *die Teilnehmer sich einbringen und gut harmonieren*
- *das Rahmenprogramm stimmig und auf die Teilnehmer zugeschnitten ist.*

Man kann jetzt sicherlich diskutieren welche Faktoren wichtiger und welche weniger wichtig sind und wie man sie reihen sollte. Wenn aber wie in diesem Seminar alle gleichermaßen zutreffen, erübrigt es sich eine Gewichtung vorzunehmen. Dies als Fazit vorweg!

Liebe Ausrichter, genannt seien Harald Dobrindt und Heinz Hohmeyer, sowie Gisela Pfalzgraf, Gerhard Kaiser und Sebastian Bittendorf. Ihr habt das richtig gut gemacht, mit viel Liebe zum Detail geplant und die Planung auch konsequent umgesetzt; deshalb war das Seminar erfolgreich.

An alle potenziellen Ruheständler die Empfehlung, meldet Euch zu den nächsten Seminaren an.

Alle Aspekte des bevorstehenden Ruhestandes wurden behandelt, was zu kurz kam wurde in den Pausengesprächen und beim abendlichen geselligen Zusammensein vertieft bzw. nachbesprochen; auch dafür war noch genug Zeit.

Als Anregung kann man Euch nur mit auf den Weg geben, wenn möglich nicht nur ein Seminar pro Jahr anzubieten, da die Teilnehmerzahl von über 30 Kolleginnen und Kollegen, zum Teil mit Partnern, schon grenzwertig hoch war und die jetzt kommenden pensionsstarken Jahrgänge sicherlich weitere Bedarfe anmelden werden.

Die Themenfelder:

- *Beihilfe*
- *das Berufsleben ist zu Ende – was verändert sich*
- *Rente*
- *aktuelle gewerkschaftliche Informationen*

waren gut gewählt.

Das Highlight war der Vortrag von Gerhard Kaiser, Beihilfestelle Hessen, zur Beihilfe und den Änderungen, sowohl inhaltlich wie auch von der Qualität des Vortragenden her. Alle Fragen der Seminarteilnehmer konnten kompetent beantwortet und somit geklärt werden.

Auch das Thema „Berufsleben ist zu Ende – was verändert sich“ brachte für viele Teilnehmer neue Sichtweisen, wie der Ruhestand gut gestaltet werden kann. Manchmal hatte man allerdings das Gefühl, dass die Referentin Frau Gisela Pfalzgraf von der Familienbildungsstätte Frankfurt sich nicht immer bewusst war, dass die Gruppe ausnahmslos aus selbstbewussten und „ausgetragenen“ Kollegen bestand, denen man nicht –wenn auch gut gemeint– mit leicht erhobenem Zeigefinger das Leben erklären muss. Ich glaube aber, dass sie das verstanden hat.

Herzlichen Dank Heinz Hohmeyer für die kollegialen Tipps eines ebenfalls „ausgetragenen“ Pensionärs, bei Dir merkte man, dass Du weißt von was Du sprichst und wie sich die Gruppe zusammensetzt.

Zu guter letzt kamen auch die von Ewald Gerk vorgetragenen gewerkschaftlichen Informationen sehr gut an, da auch mal aus dem „Nähkästchen“ geplaudert und Verhandlungspositionen der GdP erklärt wurden.

Komme an den Anfang zurück, nochmals Dank an die Ausrichter, es waren zwei Tage, die sich gelohnt haben.

Alexander König

Detektei Krammig

Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen! (Benjamin Franklin)

Ermittlungen in allen Bereichen
Zivilrecht – Wirtschaftsrecht – Arbeitsrecht

Telefon 0 60 74 / 37 49 19
www.detektei-krammig.de



ANERKENNUNG VON BERUFSKRANKHEITEN

Bei Beamten ist eine Krankheit nur dann als Berufskrankheit anzuerkennen, wenn sie zum Zeitpunkt der Erkrankung bereits in der Anlage zur Berufskrankheitenverordnung gelistet war.

Anders als bei nicht verbeamteten Beschäftigten ist eine rückwirkende Anerkennung nicht möglich. So das BVerwG. Was war passiert? Bei dem Kläger handelt es sich um einen ehemaligen Bediensteten einer Justizvollzugsanstalt. In den 1990er-Jahren beaufsichtigte er über einen Zeitraum von ca. zweieinhalb Jahren Gefangene in einem Werksbetrieb, die Bürosessel fertigten. Hierbei wurden zwei lösungsmittelhaltige Klebstoffe verwendet.



im Falle der vollständigen **Dienstunfähigkeit** lebenszeitige Versorgungsansprüche zustehen.

Der maßgebliche Zeitpunkt, wann bei fortlaufenden kumulativen schädlichen Einwirkungen von dem Beginn der Erkrankung auszugehen ist, bestimmt sich danach, wann die Erkrankung sicher diagnostizierbar ist. Dies war bei dem Kläger wenige Wochen vor der Listung der Krankheit als Berufskrankheit der Fall.

Quelle: PM des BVerwG Nr. 103/2015

Erkrankung kurz vor Listung als Berufskrankheit

Spätestens im November 1997 erkrankte er an Polyneuropathie. Diese Erkrankung wurde bei Exposition zu organischen Lösungsmitteln zum 1. Dezember 1997 in die Liste der Berufskrankheiten der Berufskrankheitenverordnung aufgenommen. Er begehrt die Anerkennung seiner Erkrankung als Berufskrankheit. Das Verwaltungsverfahren wie auch die Klage in den Vorinstanzen blieben erfolglos.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision zurückgewiesen. Nach den gesetzlichen Regelungen können allein solche Krankheiten als Berufskrankheiten anerkannt werden, die schon zum Zeitpunkt der Erkrankung als Berufskrankheit in Anlage 1 zur Berufskrankheitenverordnung aufgenommen sind.

Ungleichbehandlung gerechtfertigt

Regelungen der gesetzlichen Unfallversicherung, die auch die rückwirkende Anerkennung von Berufskrankheiten ermöglichen, gelten nicht für **Beamte**. Diese Ungleichbehandlung ist vor allem deswegen gerechtfertigt, weil dem Beamten auch

Schwerbehinderte

Bei Bewerbung immer einladen

Ein fachlich geeigneter schwerbehinderter Bewerber ist vom öffentlichen Arbeitgeber immer zum Vorstellungsgespräch einzuladen.

Das Vorstellungsgespräch kann nicht durch einen schriftlichen, für alle Bewerber verbindlichen Auswahltest ersetzt werden. Unterbleibt die Einladung, wird nach dem Gesetz eine Diskriminierung aufgrund der Schwerbehinderung vermutet. Das kann die Zahlung einer Entschädigung nach sich ziehen.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 9. September 2015

Urlaubsanspruch

Nach dem Tod ist abzugelten

Mit dem Tod des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin geht ein noch offener Urlaubsanspruch nicht verloren. Er wandelt sich vielmehr in einen Anspruch auf Abgeltung zugunsten der Erben um.

Denn nach dem Bundesurlaubsgesetz ist der Urlaub abzugelten, wenn er wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise nicht mehr gewährt werden kann. Diese Voraussetzung ist bei dem Tod des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin gegeben.

Arbeitsgericht Berlin, Urteil vom 7. Oktober 2015 – 56 Ca 10968/15

SPE Solutions for drugs of abuse

Servo+ and Servo

- Ready to use solutions
- High reproducibility
- High extract cleanliness
- Confidence in results

Thermo
SCIENTIFIC

GEMEINSAM STARK für deine Zukunft!

Personalrats-
wahl 2016



WER MÖCHTE NOCH POLIZIST WERDEN?

Unserem Planeten und uns wird viel zugemutet. Erde, Wasser, Luft leiden unter Schäden. Selbst wir müssen uns vieles zumuten, um existieren zu können. Was aber der Umwelt und uns zu oft angetan wird, ist nicht klug, oft nicht nötig oder vertretbar, häufig jedoch völlig unangemessen und schädigend.

Leben ist nun mal Existenzkampf. Wer nicht leiden will, muss sich ernähren und kleiden, hat viel zu lernen und zu leisten. Selbstschädigung vermeidet nur, wer sich anpasst, Rücksicht nimmt und tausende geltender Regeln beachtet. Doch manche Menschen belasten sich leichtfertig. Sie übertreiben es sichtbar mit Kalorienzufuhr und Bewegungsmangel. Rache nimmt auch ein Körper, dem Nikotin, Drogen und Alkohol nicht bekommen. Darüber hinaus mutet man uns zu, an Werbe- und Wahlversprechen, an Statistiken, Gerechtigkeit und Heilwirkungen zu glauben und Dogmen nicht anzuzweifeln.

Werbung suggeriert Bedürfnisse, die kritisch Denkende als Verführungsversuche klugerweise ignorieren. Wer möglichst wenig enttäuscht werden will, muss prüfen, darf zweifeln und sollte Verlockungen widerstehen. Selbstdisziplin ist ein guter Schutzwall. Durch klares Denken lassen sich Gefühle durchaus beherrschen. Gegen Konkurrenten und Neider hilft gesundes Selbstbewusstsein. Wenn jeder sich so verhalten und handeln würde, wie er es von anderen erwartet, könnten Gesellschaften mit viel weniger Vorschriften, Ängsten und Ärger friedlich leben. Leider machen es konträre politische und religiöse Ansichten, Erziehung und Bildung, aber auch persönliche Schwächen nahezu unmöglich, nach diesem grundlegenden ethischen Prinzip zu leben.

Nach Diktatur und Krieg konnte kaum jemand die mit der Chance zum friedlichen Wiederaufbau verbundenen Plagen als Zumutung empfinden. Ausgebombte, Vertriebene und Flüchtlinge (Deutsche!) waren mit Einheimischen trotz Schmalkost (Lebensmittelkarten!) und Bezugsscheinwirtschaft froh, schuftend für eine hoffnungsvolle Zukunft sorgen zu können. Aufbauleistungen halfen,

den Verlust von Angehörigen, Freunden, Haus und Heimat zu überwinden. Geld für Luxus und Reisen war so knapp, wie Zeit für Vergnügungen. Wenige noch oder wieder vorhandene Fahrzeuge verursachten kaum Unfälle und keine Staus. Kommunale und staatliche Polizei verfügten nur eingeschränkt über Fernmelde- und sonstige technische Hilfsmittel. Ihre Dienste konnten sie ohne Sonderausrüstungen in normaler Dienstkleidung verrichten. Polizisten genossen Achtung und Respekt. Widerstandsprobleme hatten Seltenheitswert.

Erst, als die größten Existenzsorgen überwunden waren, interessierten und engagierten sich immer mehr für politische Aktivitäten und Einkommensfragen. Parteien, Gewerkschaften und Vereine gewannen Mitglieder. Medienvielfalt, Mobilisierung und technischer Fortschritt motivierten zu kreativen Handlungen. Mit dem Wechsel von der Reichs- zur D-Mark und zum Euro wurden uns u. a. höhere Preise für Waren und Kosten für Mieten, Dienstleistungen, Gebühren und Beiträge zugemutet. Immer mehr fühlten sich benachteiligt und begannen aufzumucken. Regeln und Zustände, die als Zumutung empfunden werden, provozierten zunehmend konträre Meinungen und Aktionen. Agiert und demonstriert wird gegen Urheber. „Ausbaden“ muss es die Polizei als „Prügelknabe der Staatsgewalt“,

Von Einstellungsvoraussetzungen bis zu Einsatzfolgen hat sich das Berufsbild der Polizei gravierend verändert. Als „Freund und Helfer“ versah der Schutzmann seinen Dienst ohne Schutzausrüstung und Pfefferspray. Nach Studentenunruhen, Hausbesetzungen, Bandenterror, von Chaoten missbrauchten Veranstaltungen und Demonstrationen mussten Schutzleute bewegungshinderliche Schutzausrüstung tragen, um friedliche Bürger schützen zu können – eine sichtbare Zumutung.

Rückblickend war auch die dienstgradlose, zweifarbige Kombination eine reinigungsintensive, ersatzbedürftige Zumutung. Polizisten wurde zwar qualifizierende Ausbildung mit höheren Eingangssämtern geboten, aber stei-

gende Einsatzbelastungen mit teilweise schlimmen Folgen zugemutet.

Was jedoch Sparmaßnahmen des Landes der Polizei und Bevölkerung zumuten, übertrifft bisherige Belastungen. Hessen als (reiches) Geberland im Länderrfinanzausgleich bietet seinen Beamten weniger Einkommen bei längerer Wochenarbeitszeit als (arme) Nehmerländer. Zu den Nachteilen gehören: Geringe Polizeidichte (pro 100.000 Einwohner nur 226 Beamte – andere Länder bis zu 366 Beamte) Planstellenkürzungen, Nullrunde statt Anpassung an tarifliche Gehaltssteigerungen, Kürzung bei der Beihilfe, Begrenzung der Einkommenssteigerungen auf ein Prozent, zwei Wochenstunden mehr als in den meisten Bundesländern. Derartige Motivations-Vernichter stehen im eklatanten Widerspruch zur Schutz- und Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Dennoch erfüllen die Betroffenen ihre Dienstpflicht – in Einzelfällen bis über ihre Belastungsgrenze.

Mehr als drei Millionen Überstunden und die damit verbundene hohen physische und psychische Belastungen führen bei überdurchschnittlich vielen zur Dienstunfähigkeit. Teilweise 70 Wochenstunden und eine Unmenge Überstunden bei Betroffenen, sind Auslöser unerwünschter Folgen. Durchschnittlich 20 % Erkrankte belasten noch Dienstfähigkeit zusätzlich.

Beleidigungen, Kränkungen und Respektlosigkeit, Hasstiraden und offene Feindseligkeit gegenüber Staat und Sicherheitskräften sind alarmierende Signale für Gesetzgebung und Rechtsprechung. Durch Widerstand und Angriffe mit Brandsätzen, Knüppeln und gefährlichen Gegenständen wurden bei der Hessischen Polizei 2013 750 und 2014 788 Schutzleute verletzt. 2015 wurden 1.277 Fälle registriert. Vier Beamte verloren seit 1.9.2000 im Dienst ihr Leben. Bei solchen Folgen verliert auch ein Rechtsstaat Vertrauen und Wähler.

Wer möchte bei derartigen Zumutungen noch Polizist werden? In den Medien thematisierte Belastungen und Gefahren im Polizeidienst und attraktive Stel-

lenangebote der Wirtschaft bereiten der Hessischen Polizei erhebliche Nachwuchsprobleme. Auch freie Heilfürsorge und höhere Anfangsgehälter locken Bewerber in andere Länder. Aber erleichterte Einstellungs- und Ausbildungsanforderungen würden die Gefahr bergen, der Bevölkerung weniger leistungsstarke Schutzkräfte zuzumuten.

Die Flut von Asylbewerbern hat schon bestehende Probleme für Sicherheitsgaranten erheblich verschärft*. Sogar pensionierte Beamte wurden reaktiviert. Aus Not und Lebensgefahr in unsere Freiheit Geflohene erleben im Zeitraffer, was sich Deutschen nach dem Krieg geboten hat. Nach Überwindung von Unterdrückung und Not bietet Handlungsspielraum verführerische Möglichkeiten, Bedürfnissen nachzugeben. In anderen Kulturkreisen geprägten Menschen fällt es aber offensichtlich sehr schwer, ihr Verhalten an unseren Rechtsnormen zu orientieren. Druck-, Ton- und Bildmedien bieten täglich Schlagzeilen und schockierende Berichte über Angriffe auf und Straftaten

durch Migranten. Beispielgebend wirken Links- und Rechtsextremisten, Chaoten und Hooligans. Sicherheit ist unverzichtbares Grundrecht. Wer ihm und seinen Garanten Schaden zufügt, muss zur Rechenschaft gezogen werden.

Quelle unvertretbarer Zumutungen ist offensichtlich ein Verhaltenskodex, der mit 206 Formulierungen Ungläubigen (nicht Muslimen) Gewalt und Tod androht. Auch Männern vorbehalten Herrschaftssysteme sind mit unserem Grundgesetz unvereinbar. Verwunderlich ist daher, dass Hetzschrift und Entrechtung der Weiblichkeit erst nach strafbarem Handeln justitiabel werden.

Zugereiste, die sich den Integrationsbemühungen beharrlich widersetzen und/oder ihre Prägung durch Eltern, Unrechtssystem und Religion hier ausleben wollen, erreichen selbst bei freiwilligen Helfern skeptische Distanz. Feindseligkeiten sind nicht auszuschließen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Migranten hier veranstalten, was in ihrem Herkunftsland üblich ist (Ehrenmorde, u.dgl.) Wer

sich unseren Rechtsregeln nicht beugen will, hat kein Recht hier zu leben*.

Eine Fortsetzung der in Teilbereichen unerträglichen Zumutungen für die Polizei kann chaotische Ausmaße annehmen. Nur Gesetzgeber, Dienstherrn und Rechtsprechung können dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Parlamentarier, die bereit wären, einen Einsatz (in Schutzkleidung) oder Schichtdienst mitzumachen, würden nötige Neuregelungen sicher beschleunigen.

Gerhard Kastl

*Deutschland im Blaulicht – Notruf einer Polizistin
Das Buch von Tania Kambouri empfiehlt sich als Pflichtlektüre für Politiker, Juristen und Journalisten
- ISBN 978-3-492-060240



KREISGRUPPE FULDA LÄDT DIE SENIOREN EIN

Liebe PENSIONÄRE, denkt an unsere...




... kleinen Grillnachmittag
am **Samstag, 19.03.2016, 15:00 Uhr,**
im **Vereinsheim TSV Neuenberg**
(Abt.-Richard Str. 4, in 36041 Fulda-Neuenberg,
hinter der Bardoschule am Sportplatz).

Bitte teilt uns kurz mit, ob ihr teilnehmen könnt, damit wir besser planen können.

Ihr erreicht uns unter:
0661 - 105 1020 (Conny)
oder 1048 (Michaela)

DANKE für eure jahrelange Treue
und eure Unterstützung!

GdP SOH: EINLADUNG ZUM HERBSTAUSFLUG

HERBSTAUSFLUG NACH FRANKFURT AM SAMSTAG, 24. SEPTEMBER 2016

Busabfahrt:

- 07:00 Uhr Schlüchtern – Polizeistation;*
- 07:20 Uhr Gelnhausen – Hallenbad;*
- 07:30 Uhr Hanau – Freiheitsplatz und*
- 07:45 Uhr Neu Isenburg, Bushaltestelle an der PAST.*

Programm:

- *Rustikales Frühstück mit Rhöner Spezialitäten*
- *Tour mit Fraport über den gesamten Flughafen*
- *Stadtrundfahrt mit örtlichem Reiseführer*
- *Besuch des Geburtshauses von J. W. Goethe*
- *Schiffahrt zwischen Gerbermühle und Westhafen*
- *Gemütlicher Ausklang mit Frankfurter Spezialitäten*

Unkostenbeitrag:

GdP-Mitglieder und Partner der Bezirksgruppe SOH je 15 Euro; Nichtmitglieder je 30 €; Kinder unter 14 J. frei.

Anmeldung:

Durch Einzahlung bis 25. August 2016 auf das Konto der GdP Main-Kinzig:

IBAN: DE87 5065 0023 0000 0661 00,

BIC: HELADEF1HAN, Sparkasse Hanau.

unter Angabe der Zustiegsstelle: SLÜ; GN; HU, NI und Anzahl der Kinder sowie Handynummer auf dem Überweisungsträger angeben.



Wichtig:

BPA zwecks Kontrolle mitführen; scharfe und spitze Gegenstände sind am Flughafen verboten.

Mindestteilnehmerzahl 40, maximal 100 Personen. Bei eigener Absage ist eine Erstattung nicht vorgesehen. Bei stärkerer Resonanz behalten wir uns vor, den Unkostenbeitrag auf das Konto zurück zu buchen. Eine Teilnahme ist dann nicht möglich.

Rückfragen bei:

Markus Hüschentbett, Tel.: 069 8098-1301

oder

Norbert Tumbrägel, Tel.: 06051 13505

SCHADE, DASS SIE GEHT !



Odeta Spielberger

Juristin Odeta Spielberger wurde Ende Februar verabschiedet. Frau Spielberger war seit März 2014 im Wege der Elternzeitvertretung in der Verwaltung beim PP Osthessen und hat sich insbesondere im Bereich des Beamten-, Tarif- und Disziplinarrechts einen Namen gemacht.

Gemeinsam mit dem Personalratsvorsitzenden Karsten Bech hat Ltd PD Ralf Flohr Odeta Spielberger in einer kleinen Feierstunde für ihre hervorragende Arbeit beim PP Osthessen gedankt.

Nachdem das Ende der Elternzeitvertretung in Sicht war, machten wir uns für den Verbleib von Odeta Spielberger beim PP Osthessen stark. Eine solch gute und engagierte Juristin lässt man nicht so einfach ziehen.

Für ihre neue Aufgabe beim Regierungspräsidium Gießen begleiten Frau Spielberger die besten Wünsche aller Kolleginnen und Kollegen und der osthessischen GdP.

VOLKER DOUBLEUR ALLZU FRÜH VERSTORBEN

DIE GdP BEZIRKSGRUPPE OSTHESSEN UND DIE GdP KREISGRUPPE VOGELSBERG TRAUERN

Völlig überraschend erreichte uns die Nachricht vom Tode unseres allseits beliebten und geschätzten Kollegen, Gewerkschaftskollegen und Freundes.

Volker verstarb am 12. 02. 2016 im Alter von 61 Jahren. Noch letzten November nahm er an der Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Vogelsberg teil, wo er für seine 40-jährige Mitgliedschaft, die er 2014 erreichte, geehrt wurde.

Volker trat der GdP 1974 bei. Im Lauf seiner dienstlichen Verwendungen wurde er nach seiner Versetzung zur Polizeistation Alsfeld in der dortigen Kreisgruppe Alsfeld aktiv. Dort wurde er auch zum Vorsitzenden gewählt und leitete die Geschicke der Kreisgruppe. Später fusionierten die Kreisgruppen Alsfeld und Lauterbach zur Kreisgruppe Vogelsberg, deren Vorsitz Volker bis 2001 übernahm. Als stellvertretender Kreisgruppenvorsitzender war bis zu seiner Pensionierung 2014 tätig.



Nach Gründung der GdP Bezirksgruppe Osthessen im Jahr 2000 war Volker bis 2014 ebenfalls stellvertretender Vorsitzender.

Auch erstreckte sich sein außerordentliches soziales Engagement auf die Tätigkeit als Personalratsmitglied. Dies begann im Personalrat der damaligen Polizeidirektion Vogelsberg und setzte sich im Personalrat des Polizeipräsidiums Osthessen fort.

Volker war zutiefst sozial eingestellt und immer auf Ausgleich bedacht. Nie wollte er im Vordergrund stehen und hat seinerseits sogar zugunsten eines übergeleiteten Kollegen auf seine Beförderung zur A 11 verzichtet.

Lieber Volker, wir werden Dich immer in guter Erinnerung behalten! Dein „guter“ Rat wird uns fehlen!

Deine Freunde der GdP Osthessen

MEHR ARBEIT – HÖHERER ZEITDRUCK

Index Gute Arbeit. Mehr Arbeit, ein höherer Zeitdruck: Die Arbeitsintensität nimmt zu, zeigen die Ergebnisse der Umfrage des DGB für den Index Gute Arbeit. Das Fazit heißt für den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann: „Aufgabenumfang und Arbeitszeit passen immer weniger zusammen.“ Zwar gebe es zahlreiche Betriebsvereinbarungen mit einer guten Regelung, doch „davon brauchen wir mehr“, fordert Hoffmann.

52 Prozent der rund 4900 Befragten fühlen sich unter ständigem Zeitdruck. Kritisch bewerten die Beschäftigten vor allem das Multitasking, also mehrere Aufgaben parallel zu erledigen. Besonders stark betroffen davon sind die Arbeitnehmer/-innen in den Dienstleistungsbranchen Information/Telekommunikation, Banken und Versicherungen sowie dem Öffentlichen Dienst. „Es fehlt an Personal“, klagen 63 Prozent der Beschäftigten, die sich über die Hetze im Arbeitsalltag beschweren. Mit der Folge, dass Ausfalltage und Früh-



verrentung aufgrund psychischer Belastungen deutlich zugenommen haben. Die Klagen der Beschäftigten sind nicht neu. Es muss bei den Ursachen und bei der Gestaltung und Organisation von Arbeit angesetzt werden. Die Personalbemessung sei für ver.di schon lange ein wichtiges Thema, betont Bsirske.

Die positive Nachricht im Index 2015:

Die Bewertung der Einkommenssituation hat sich dank guter Tarifabschlüsse und der Einführung des Mindestlohns gegenüber 2014 verbessert. Wer ständig unter Druck steht, wird krank. Ausfalltage und Frühverrentungen sind die Folge der permanenten psychischen Belastung. Die Umfrage im Detail mit allen Zahlen: www.dgb-index-gute-arbeit.de